

# Inhalt

Vorwort.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	17
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....	29
<b>1. Kapitel Berücksichtigung relevanter Zeiten als Rechtsproblem .....</b>	<b>30</b>
A. Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse .....	32
B. Gegenstand der Untersuchung .....	33
C. Begriffserläuterungen.....	35
D. Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfragen.....	36
<b>2. Kapitel Analyse des aktuellen Regelungsbestands.....</b>	<b>37</b>
A. Status- und laufbahnrechtliche Regelungen .....	39
I. Status- und laufbahnrechtliche Regelungen im Bundesbeamtenrecht.....	41
1. Zulassung zu den Laufbahnen .....	41
a) Erwerb der Laufbahnbefähigung.....	41
b) Relevante Zeiten für den Erwerb der Laufbahnbefähigung.....	43
aa) Relevante Zeiten für den Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn des mittleren Dienstes .....	43
bb) Relevante Zeiten für den Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes .....	47
cc) Relevante Zeiten für den Erwerb der Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes.....	48
c) Berücksichtigung von sonstigen Zeiten .....	49
d) Auslegung der Anerkennungsvoraussetzungen .....	51
e) Zwischenfazit.....	54
2. Veränderung der Dauer des Vorbereitungsdienstes.....	56
a) Relevante Zeiten für die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes.....	57
b) Voraussetzungen und Einschränkungen der Anrechenbarkeit förderlicher Zeiten bzw. von Vordienstzeiten.....	60
aa) Berücksichtigung von Berufsausbildung und hauptberuflichen Tätigkeiten .....	60
bb) Berücksichtigung eines Hochschulstudiums.....	65

## Inhalt

cc)	Berücksichtigung eines Vorbereitungsdienstes einer nächstniedrigeren Laufbahn .....	67
c)	Umfang der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes bei Anrechnung förderlicher Zeiten bzw. von Vordienstzeiten .....	68
d)	Berücksichtigung sonstiger Zeiten .....	75
e)	Zwischenfazit .....	77
3.	Regelungen zu Probezeiten.....	78
a)	Probezeit vor der Lebenszeiterennennung .....	78
aa)	Anrechnung hauptberuflicher Tätigkeiten.....	80
bb)	Ermessensleitende Aspekte bei der Anrechnung .....	82
cc)	Anrechnungsverbot bei Anrechnungskonkurrenz .....	87
dd)	Anrechnung sonstiger Zeiten .....	90
ee)	Zwischenfazit .....	92
b)	Führungsämter auf Probe .....	92
c)	Erprobung auf höherwertigem Dienstposten.....	96
d)	Abstufung der verschiedenen Probezeiten .....	99
4.	Einstellung in ein höheres Amt als das Eingangsamt .....	102
a)	Voraussetzungen der Einstellung in ein höheres Amt.....	103
aa)	Berücksichtigung hauptberuflicher Tätigkeiten .....	103
bb)	Berücksichtigung förderlicher Zusatzqualifikationen anstelle von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten .....	107
(1)	Berücksichtigungsfähige Zusatzqualifikationen.....	107
(2)	Förderlichkeit dieser Zusatzqualifikationen .....	108
(3)	Bestimmung der maßgeblichen Amtsbezogenheit ...	109
(4)	Bewertung der Vergleichbarkeit mit der Anrechnung von Zeiten hauptberuflicher Tätigkeiten .....	111
cc)	Anrechnungskonkurrenzen.....	112
b)	Kriterien der Ermessensentscheidung über die Einstellung in ein höheres Amt .....	113
aa)	Besoldungsrechtliche Anerkennung relevanter Zeiten.....	114
bb)	Anforderungsprofil des aktuell zu besetzenden Dienstpostens .....	115
cc)	Weitere Aspekte .....	119
c)	Kritik und Zwischenfazit.....	122
5.	Berücksichtigung sonstiger Zeiten für das berufliche Fortkommen.....	124
a)	Familienbezogene Benachteiligungsverbote .....	124

b)	Ausgleichsregelungen und besondere Benachteiligungsverbote bzgl. spezieller Zeiträume .....	125
II.	Status- und laufbahnrechtliche Regelungen im Landesbeamtenrecht.....	126
1.	Zulassung zu den Laufbahnen .....	127
a)	Baden-Württemberg.....	127
b)	Bayern .....	129
c)	Berlin .....	133
d)	Brandenburg.....	136
e)	Bremen.....	138
f)	Hamburg .....	141
g)	Hessen .....	143
h)	Mecklenburg-Vorpommern .....	146
i)	Niedersachsen .....	149
j)	Nordrhein-Westfalen.....	150
k)	Rheinland-Pfalz.....	153
l)	Saarland.....	154
m)	Sachsen .....	156
n)	Sachsen-Anhalt .....	158
o)	Schleswig-Holstein .....	160
p)	Thüringen.....	162
q)	Vergleich und kritische Würdigung .....	164
aa)	Vorgeschrifte Mindestdauer (haupt-)beruflicher Tätigkeit .....	164
bb)	Zugang auch zu Laufbahnen mit eingerichtetem Vorbereitungsdienst .....	164
cc)	Erfordernis der Ausübung der (haupt-)beruflichen Tätigkeit nach Vor- und Ausbildung.....	164
dd)	Anrechnung von Teilzeitbeschäftigtezeiten .....	167
ee)	Anrechnung von Zeiten in Mutterschutz oder in Elternzeit.....	167
ff)	Berücksichtigung relevanter Zeiten im Verhältnis zu und bei anderen Bewerbern .....	167
r)	Zwischenfazit .....	167
2.	Veränderung der Dauer des Vorbereitungsdienstes.....	168
a)	Überblick über die Regelungen der Länder .....	168
b)	Konkrete Bestimmung des Umfangs der Verkürzung eines Vorbereitungsdienstes.....	169

## Inhalt

3.	Regelungen zu Probezeiten.....	178
a)	Probezeit vor der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit .....	178
b)	Führungsämter auf Probe .....	185
c)	Erprobungszeiten vor Beförderungen .....	186
4.	Einstellung in ein Beförderungsamt.....	186
5.	Andere Regelungen zur Berücksichtigung relevanter Zeiten bei dem beruflichen Fortkommen.....	186
III.	Schlussfolgerungen aus der Betrachtung des Status- und Laufbahnrechts des Bundes und der Länder .....	190
B.	Besoldungsrecht .....	190
I.	Besoldungsrecht des Bundes .....	190
1.	Berücksichtigung relevanter Zeiten für die Festsetzung der Stufe des Grundgehalts .....	192
a)	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Festsetzung.....	192
b)	Ohne Ermessensspielraum als Erfahrungszeiten anzuerkennende Zeiten.....	193
aa)	Zeiten einer gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeit....	194
(1)	Bereichsspezifische Definition der Gleichwertigkeit .....	196
(2)	Behördlicher Beurteilungsspielraum .....	202
(3)	Zwischenfolgerung .....	205
bb)	Zeiten im Dienst als Soldat, Wehrdienstzeiten und vergleichbare Dienstzeiten .....	205
cc)	Verfolgungszeiten .....	206
dd)	Zeitlicher Zuschlag für Beamte des höheren Dienstes .....	206
ee)	Unterschied gegenüber Erfahrungszeiten i. e. S.....	208
c)	Erfahrungszeiten gleichgestellte Zeiten .....	209
d)	Mit Ermessensspielraum anrechenbare förderliche Zeiten .....	211
aa)	Abgrenzung von förderlichen und gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeiten.....	211
bb)	Voraussetzungen der Förderlichkeit.....	212
(1)	Rekurs auf eine versorgungsrechtliche Definition....	214
(2)	Bereichsspezifische besoldungsrechtliche Definition der Förderlichkeit .....	219
(3)	Relevanz und Definition der Verwendung .....	222
(4)	Zusammengefasste bereichsspezifische Definition der verwendungsbezogenen Förderlichkeit .....	226
cc)	Anerkennung zusätzlicher Qualifikationen .....	227

dd)	Behördlicher Beurteilungsspielraum.....	228
ee)	Behördlicher Ermessensspielraum und ermessens-leitende Gesichtspunkte .....	231
	(1) Vorliegen eines behördlichen Ermessens-spielraums.....	231
	(2) Ermessensleitende Gesichtspunkte.....	232
	(a) Berücksichtigung des Grads der Förderlichkeit .....	233
	(b) Berücksichtigung anderer Aspekte.....	237
2.	Berücksichtigung sonstiger Zeiten für den Aufstieg in den Stufen des Grundgehalts .....	243
3.	Ausschluss relevanter Zeiten .....	243
4.	Beschränkung auf hauptberufliche Tätigkeiten .....	245
II.	Besoldungsrecht der Länder .....	247
1.	Gemeinsamkeiten des Bundes- und Landesbesoldungs-rechts.....	248
2.	Wesentliche Unterschiede in den Landesbesoldungs-gesetzen .....	252
	a) Erfahrungszeit oder Dienstzeit.....	252
	b) Berücksichtigung von hauptberuflichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst.....	254
	c) Einschränkungen bei der Anerkennung förderlicher Zeiten .....	256
	aa) Kappungsregelungen.....	256
	bb) Zusätzliche Anforderungen an förderliche Zeiten .....	260
	d) Berücksichtigung gleichgestellter Zeiten.....	262
	e) Weitere Besonderheiten der Regelungen einzelner Länder .....	264
	aa) Baden-Württemberg.....	264
	bb) Bayern .....	264
	cc) Bremen .....	265
	dd) Hessen .....	267
	ee) Niedersachsen und Schleswig-Holstein .....	268
	ff) Thüringen.....	270
III.	Schlussfolgerungen aus der Betrachtung des Besoldungs-rechts.....	272
C.	Versorgungsrecht .....	275
I.	Versorgungsrecht des Bundes.....	276
1.	Regelmäßige ruhegehaltfähige Dienstzeit .....	277
2.	Wehrdienst und vergleichbare Zeiten .....	280

## Inhalt

3.	Berücksichtigung von Zeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst .....	284
a)	Regelungszweck und Anwendungsbereich .....	284
b)	Tatbestandliche Voraussetzungen der Berücksichtigung als ruhegehaltfähige Dienstzeit .....	289
aa)	Personaler Bezug.....	289
bb)	Ernennungskausalität und Unterbrechungsfreiheit.....	291
	(1) Interpretation der Ernennungskausalität .....	291
	(2) Interpretation der Unterbrechungsfreiheit .....	293
cc)	Gleichwertigkeit oder Förderlichkeit .....	297
	(1) Interpretation der Gleichwertigkeit.....	297
	(2) Interpretation der Förderlichkeit.....	301
	(a) Entstehungsgeschichtlicher Zweck der Vorschrift ...	301
	(b) Aktueller Zweck der Vorschrift.....	304
	(c) Bereichsspezifische Definition der Förderlichkeit .....	307
	(d) Fazit zur Förderlichkeit im versorgungsrechtlichen Sinne .....	309
dd)	Inexistenter Beurteilungsspielraum .....	309
c)	Rechtsfolgenseite der Berücksichtigungsregelung.....	309
4.	Berücksichtigung von Ausbildungszeiten.....	311
a)	Regelungsziel und Zielerreichung.....	311
b)	Maßgebliche Aspekte für die Ermessensausübung .....	316
5.	Berücksichtigung sonstiger Zeiten.....	317
a)	Qualifikationszeiten .....	320
b)	Zeiten als Entwicklungshelfer.....	320
c)	Zeiten im ausländischen öffentlichen Dienst .....	321
d)	Andere berücksichtigungsfähige Zeiten .....	322
e)	Aspekte der Ermessentscheidung über die Berücksichtigung sonstiger Zeiten.....	327
aa)	Leitaspekte der Ermessensausübung bei sonstigen Zeiten .....	327
bb)	Begrenzung der Berücksichtigungsmöglichkeit.....	330
f)	Zwischenfazit .....	331
6.	Zuschläge für Kindererziehungs- und Pflegezeiten .....	332
7.	Nicht und nur bedingt zu berücksichtigende Zeiten .....	333
II.	Versorgungsrecht der Länder.....	334
1.	Parallele Systematik und Syllabus der Unterschiede.....	334
2.	Landesrechtliche Spezifika im Versorgungsrecht.....	337
a)	Wehrdienst und vergleichbare Zeiten.....	337

b)	Divergierende Voraussetzungen der Berücksichtigung von Zeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst.....	337
c)	(Teil-)einheitliches 5-Jahres-Limit.....	338
d)	Modifikationen der Berücksichtigung sonstiger Zeiten ....	340
e)	Ausschluss nicht berücksichtigungsfähiger Zeiten als einheitliche Tatbestandsvoraussetzung .....	341
f)	Ermessensgesteuerte Vermeidung einer Doppelversorgung.....	341
III.	Schlussfolgerungen aus der Betrachtung des Versorgungsrechts.....	342
D.	Berücksichtigung relevanter Zeiten im Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes .....	343
I.	Tarifvertragliche Regelungen .....	344
1.	Beschäftigungszeit nach TVöD/TV-L .....	344
2.	Tarifrechtliche Eingruppierung .....	347
3.	Zuordnung zu den Stufen der Entgelttabelle .....	348
a)	Stufenaufstieg .....	348
b)	Erstmalige Stufenzuordnung.....	349
c)	Parallelen und Unterschiede zum Besoldungsrecht.....	351
4.	Fehlen relevanter Parallelen und Interdependenzen zwischen Tarif- und Beamtenrecht.....	352
II.	Gesetzliche Regelungen .....	352
<b>3. Kapitel Maßstäbe und Prinzipien höherrangigen Rechts</b>	.....	354
A.	Maßstäbe und Prinzipien des Grundgesetzes .....	354
I.	Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art. 33 Abs. 5 GG) .....	355
1.	Die Berücksichtigung relevanter Zeiten als selbstständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums.....	357
a)	Kein Schutz als wohlerworbenes Recht.....	357
b)	Voraussetzungen eines hergebrachten Grundsatzes.....	358
c)	Fehlende Fundamentalität .....	359
2.	Das Alimentationsprinzip .....	361
a)	Auftrag, Grenze, Anspruch .....	362
b)	Angemessenheit der Alimentation und Bemessungskriterien .....	363
c)	Handlungsspielraum des Gesetzgebers .....	364
d)	Folgerungen .....	365
3.	Das Laufbahnprinzip .....	366

## Inhalt

4.	<b>Das Leistungsprinzip .....</b>	369
a)	Wirkungen im Status- und Laufbahnrecht .....	369
b)	Wirkungen im Besoldungsrecht .....	372
aa)	Berücksichtigung sonstiger Zeiten .....	373
bb)	Einfluss auf Ermessensentscheidungen.....	374
c)	Wirkungen im Versorgungsrecht .....	375
5.	<b>Die Fürsorgepflicht .....</b>	375
II.	<b>Gleichheits- und Gleichstellungsgebot (Art. 3 GG).....</b>	378
1.	Wahrung des Gleichheitssatzes durch den Gesetzgeber .....	378
a)	Einschlägige Maßstäbe.....	379
b)	Einhaltung dieser Maßstäbe .....	381
2.	Wirkungen des Gleichstellungsgebotes .....	383
3.	Wahrung des Gleichheitssatzes durch die Dienstherren .....	384
a)	Beachtung des Willkürverbots bei Ermessens- entscheidungen.....	384
b)	Selbstbindung der Verwaltung .....	385
c)	Möglichkeit einer unterschiedlichen Verwaltungspraxis bei verschiedenen Dienstherren .....	385
III.	<b>Schutz von Ehe und Familie, Fürsorge für Mütter (Art. 6 GG).....</b>	386
IV.	<b>Freizügigkeit im Bundesgebiet (Art. 11 GG).....</b>	387
V.	<b>Berufsfreiheit (Art. 12 GG) .....</b>	388
VI.	<b>Freiheit des Eigentums (Art. 14 GG) .....</b>	389
VII.	<b>Relevante Wirkungen von Staatsstrukturprinzipien (Art. 20 GG).....</b>	390
1.	Rechtsstaatsprinzip .....	390
2.	Bundesstaatsprinzip .....	392
B.	<b>Landesverfassungsrecht.....</b>	393
I.	Art. 29 Abs. 1 der Verfassung des Landes Hessen .....	393
II.	Art. 119 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen und Art. 96 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen .....	394
C.	<b>Unionsrecht .....</b>	395
I.	Diskriminierung wegen des Alters.....	397
1.	Kein Vorliegen einer unmittelbaren Diskriminierung .....	399
a)	Altersbezogener Ausschluss relevanter Zeiten.....	399
b)	Besoldung nach Lebensalters- statt nach Erfahrungs- stufen.....	400
2.	Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierung.....	403
II.	Beeinträchtigung der Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	407
1.	Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot.....	407

## Inhalt

2.	Honorierung von Betriebstreue zur Mitarbeiterbindung.....	409
3.	Honorierung von (einschlägiger) Berufserfahrung.....	410
4.	Verwaltungsvereinfachung und Transparenz .....	411
5.	Vereinbarkeit beamtenrechtlicher Regelungen mit Art. 45 AEUV.....	412
III.	Diskriminierung wegen des Geschlechts.....	413
1.	Mittelbare Diskriminierung durch Berücksichtigung von Berufserfahrung.....	418
2.	Mittelbare Diskriminierung durch Berücksichtigung des Zeitanteils der Beschäftigung.....	419
3.	Mittelbare Diskriminierung durch Nichtberücksichtigung von Erziehungs- und Pflegezeiten für die Versorgung .....	421
IV.	Verschlechterungsverbot u. a. bei Elternurlaub.....	422
<b>4. Kapitel Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Berück- sichtigung relevanter Zeiten im Beamtenrecht .....</b>		425
A.	Regelungen und Maßstäbe des Bundesrechts .....	425
I.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Zulassung zu beamtenrechtlichen Laufbahnen .....	425
II.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Dauer des Vorbereitungsdienstes .....	426
III.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die allgemeine laufbahnrechtliche Probezeit .....	427
IV.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Vergabe von Führungsämtern auf Probe.....	429
V.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Erprobung auf einem höherwertigen Dienstposten .....	429
VI.	Erkenntnisse zu Regelungen betreffend die Einstellung in ein höheres Amt als das Eingangsamt .....	429
VII.	Erkenntnisse zu Regelungen des Besoldungsrechts .....	431
VIII.	Erkenntnisse zu Regelungen des Versorgungsrechts.....	433
B.	Erkenntnisse aus der Betrachtung des Arbeits- und Tarifrechts des öffentlichen Dienstes .....	435
C.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede der bundes- und landes- rechtlichen Vorschriften.....	436
I.	Regelungen betreffend die Zulassung zu den beamtenrecht- lichen Laufbahnen .....	436
II.	Regelungen betreffend die Verkürzung des Vorbereitungs- dienstes .....	437
III.	Regelungen betreffend die allgemeine laufbahnrechtliche Probezeit.....	437

## Inhalt

IV.	Regelungen betreffend die Vergabe von Führungsämtern auf Probe.....	438
V.	Regelungen betreffend die Erprobung und die Einstellung in ein höheres Amt als das Eingangsamt .....	438
VI.	Andere Regelungen zur Berücksichtigung relevanter Zeiten bei dem beruflichen Fortkommen.....	438
VII.	Regelungen der Landesbesoldungsgesetze .....	438
VIII.	Regelungen der Landesversorgungsgesetze .....	440
D.	Einhaltung höherrangigen Rechts.....	440
E.	Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten .....	445
	Literaturverzeichnis .....	446
	Sachverzeichnis.....	464